



Zusammenfassung des Dialogs

Unterschiedliche wirtschaftswissenschaftliche Ansätze im Gespräch. Konkretisiert an der Frage: Welchen Vorschlag machen sie für die Überwindung der Arbeitslosigkeit in Europa?“

16. Mai 2015, Berlin

Der Dialog wurde von der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in Kooperation mit der Canopus Foundation durchgeführt.

Zusammenfassung von Prof. Dr. Gesine Schwan (Stand: 26.06.2015)

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	2
1. Vorbemerkung	3
2. Zentrale Aspekte des Verhältnisses von wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen, praktischen Herausforderungen und politischer Praxis	4
2.1. Gefahren eines abstrahierenden rein quantitativ-mathematischen Ansatzes.	4
2.1.1. Praktisches Beispiel für die Gefahr abstrakter Modelle in ihrer Umsetzung	5
2.1.2. Folgerung:	6
2.2. Irreführende Vorstellungen von wissenschaftlicher Objektivität und Wertfreiheit	6
2.2.1. Praktisches Beispiel für den Mangel an Einbezug unterschiedlicher Perspektiven, behauptete Alternativlosigkeit, Spannungsverhältnis zur Demokratie	8
2.2.3. Folgerung:	9
2.3. Irreführende Machbarkeits- und Herrschaftsillusionen	9
2.3.1. Praktisches Beispiel für die Hürden gegen theoretische und vor allem politische Revisionen	10
2.3.2. Folgerung:	10
3. Fazit	10

1. Vorbemerkung

Seit Jahren können wir beobachten, dass in der deutschen Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten und Forschungsinstitutionen – das betrifft vor allem die Volkswirtschaftslehre – kein nennenswertes Gespräch zwischen unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen stattfindet. Allerdings sind einer Mainstream-Ökonomie an den Universitäten inzwischen Alternativen erwachsen, die nicht erkennbar miteinander kommunizieren. Wir sehen darin auch eine Ursache dafür, dass die beratende Funktion der Wirtschaftswissenschaft in Bezug auf die Politik leidet und dass ihr gesellschaftliches Ansehen insgesamt gesunken ist.

Deshalb wollen wir unterschiedliche wirtschaftswissenschaftliche Ansätze miteinander ins Gespräch bringen. Gedacht war bei unserem ersten diesbezüglichen Trialog, Positionen zusammenzubringen, die sich fundamental hinsichtlich ihrer Einstellung zu wirtschaftlichem Wachstum unterscheiden. Da das Thema des Wachstums sehr breit angelegt ist, sollte eine Konkretisierung anhand der Frage nach Antworten dieser unterschiedlichen Positionen auf die Problematik der Arbeitslosigkeit in Europa stattfinden.

Ins Auge gefasst hatten wir erstens eine Position, die im Wesentlichen einen quantitativen makroökonomischen Zugang mit der Vorstellung verbindet, dass Wachstum die zentrale Größe ist, die wirtschaftlichen Wohlstand sowohl erzeugt als auch eine florierende Wirtschaft anzeigt, und dass dies vor allem durch die Konsolidierung des staatlichen Haushalts gelingt, die bei Unternehmern und Konsumenten ein Wachstum förderndes Vertrauen schafft.

Die zweite Position sollte für eine Qualifizierung des wirtschaftlichen Wachstums stehen, im Sinne einer facettenreichen Nachhaltigkeit.

Die dritte sollte Wachstum als fruchtbare Zielkategorie ablehnen und wurde als „De-Growth“ bezeichnet.

Gleich zu Beginn des Trialogs stellte sich bei den Einführungsstatements heraus, dass die eingeladenen Referenten sich nicht so klar und grundlegend voneinander unterschieden wie angenommen. Vor allem gab es keinen „kantigen“ Mainstream-Ökonomen. Infolgedessen war es nicht nur leicht, das Gespräch zwischen den Ansätzen auch in der allgemeinen Diskussion herzustellen. Es zeigten sich auch vielfache Übereinstimmungen zwischen den Vorträgen und den anschließenden Diskussionsbeiträgen. Dennoch war die Argumentation zwischen den Teilnehmern im Sinne einer Differenzierung der wissenschaftstheoretischen Fragestellung und des Perspektivenwechsels von Vertretern der Wissenschaft, der Politik, der organisierten Zivilgesellschaft und – wenn auch weniger repräsentiert – der Unternehmen durchaus ertragreich. Im Folgenden soll dieser Ertrag systematisiert zusammengefasst werden.

2. Zentrale Aspekte des Verhältnisses von wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen, praktischen Herausforderungen und politischer Praxis

2.1. Gefahren eines abstrahierenden rein quantitativ-mathematischen Ansatzes.

- Die Mainstream-Wirtschaftswissenschaft im oben knapp charakterisierten Verständnis, nämlich „eine Position, die im Wesentlichen einen quantitativen makroökonomischen Zugang mit der Vorstellung verbindet, dass Wachstum die zentrale Größe ist, die wirtschaftlichen Wohlstand sowohl erzeugt als auch anzeigt, und dass dies vor allem durch die Konsolidierung des Haushalts gelingt, die bei Unternehmern und Konsumenten ein Wachstum förderndes Vertrauen schafft“, wurde von allen zumindest als ergänzungsbedürftig eingeschätzt, möglicherweise allerdings sogar als ideologiekritisch radikal in Frage zu stellen. Ein rein quantitatives methodisches Vorgehen kann nicht zu zureichenden Ergebnissen führen.
- Im Gegenteil: Ein Übergewicht an Mathematisierung und an Abstraktion von konkreten kulturellen, historischen, politischen Kontexten hat in die Irre geführt. Die konkreten Menschen, die in der Wirtschaft handeln und für die auch Wirtschaftspolitik, z.B. gegen die Arbeitslosigkeit, gestaltet werden muss, stehen bei einem solchen Vorgehen nicht mehr zureichend im Blick. Wirtschaftswissenschaft muss deshalb wieder als Sozialwissenschaft begriffen werden. Der erneute und auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Bildung viel intensivere Einbezug von methodischen Zugängen wie Feminismus, (Theorie)Geschichte und interkulturellen Traditionen und Verschiedenheiten, aber auch von politischen Zielen für die Wirtschaft wie Ökologie, Nachhaltigkeit etc. darf nicht als „außerökonomisch“ disqualifiziert werden.
- Denn auf diese Weise verfehlt Wirtschaftswissenschaft eine differenzierte Definition von Problemstellungen und praktischen Herausforderungen. Stattdessen dominieren Abstraktion und Schematismus, die illusionäre „Transplantationen“ von Modellen in dazu unpassende Kontexte nahelegen, die infolgedessen in der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Praxis „abgestoßen“ werden, so dass die so informierte Wirtschaftspolitik ihre Ziele nicht erreicht.

- Ein Beispiel für das abstrakte, dabei zugleich deformierende und also irreführende methodische Vorgehen ist das nach wie vor weit verbreitete Menschenbild des „homo oeconomicus“, der Realitätstests der Institutionenökonomie und der empirischen Verhaltensökonomie ebenso wie der Wirtschaftsgeschichte nicht standhält.
- Politische Praktiken, die darauf aufbauen, scheitern wegen der zu starken und zugleich unreflektierten Vorstellung davon, wie Menschen allgemein und in einem konkreten empirischen, durch Traditionen und Kultur geprägten Kontext handeln.

2.1.1. Praktisches Beispiel für die Gefahr abstrakter Modelle in ihrer Umsetzung

- Die Arbeitslosigkeit grassiert in vielen Teilen Europas, besonders, aber nicht nur in den südlichen Ländern. Um ihr zu Leibe zu rücken, ist es notwendig, die konkrete Situation vor Ort zu kennen. Es reicht nicht, europäische Beschäftigungsgipfel zu veranstalten und Geld in die Hand zu nehmen. Das wird nicht aufgenommen. In Südeuropa hat sich dies als unzureichend erwiesen.
- In Griechenland ist der Versuch bisher gescheitert, wieder wirtschaftlich auf die Beine zu kommen. Die bisherige Politik der Troika hat nicht auf die Akzeptanz der Maßnahmen gesetzt, sondern sie aufzuzwingen versucht. Von der Entwicklungsökonomik kann man lernen, dass es nicht zu Erfolg führt, wenn man Akzeptanz unterlaufen und technische Maßnahmen einfach mit Macht durchsetzen will.
- Eine scheinbar technische Forderung an Griechenland: vom „Primärüberschuss“ 3,5% zum Schuldenabzahlen zu verwenden, hat einen Erfolg der Sparpolitik zur Voraussetzung, der nicht eingetroffen ist. Theoretische Voraussetzung dafür war:
- Wenn wir den hohen Primärüberschuss schaffen, dann entsteht Vertrauen an den Finanzmärkten und man ist wieder eher bereit, Griechenland Zugang zum Finanzmarkt zu geben, damit es sich refinanzieren kann. Dann fassen die privaten Haushalte auch wieder mehr Vertrauen zu den Staatsfinanzen und sind bereit, auch wieder zu konsumieren. So entsteht Wachstum durch Sparen in der Mainstream-Theorie zur Austerität. Aber empirisch ist das BIP um 25% eingebrochen. Die Arbeitslosigkeit ist weiter hoch. Die Schulden sind weiter gestiegen, die griechische Gesellschaft fasst kein Vertrauen, sondern ist demoralisiert. Wenn das so weiter geht, wird ein Schuldenschnitt fällig, wenn Griechenland nicht bankrottgehen soll. Der Vorschlag des griechischen Finanzministers, nur 1,5 % des Primärüberschusses zum Schulden zahlen zu verwenden und den Rest für positive Anreize und

Investitionen in Griechenland einzusetzen (ein Keynesianischer Ansatz), wird bisher von den „Institutionen“ nicht akzeptiert, mit der juristisch, nicht wirtschaftstheoretisch und auch wirtschaftshistorisch nicht haltbaren priorisierten Begründung: „Pacta sunt servanda“. Dies ist ein Beispiel dafür, wie ein abstrakt-mathematisch quantitativer Ansatz, der Mangel den konkreten Kontext einzubeziehen, der Mangel hinzuhören und das Problem genau zu erfassen, um es zu lösen, der Mangel an Empathie mit der Bevölkerung eine Lösung des Problems, auch der hohen Arbeitslosigkeit verhindert.

2.1.2. Folgerung

Da jede Wirtschaftspolitik immer Erwartungen hinsichtlich von menschlichem Verhalten mit seinen historisch gewachsenen und kulturell unterschiedlichen Prägungen impliziert, muss Wirtschaftswissenschaft viel mehr als bisher ihre unausgesprochen philosophisch-anthropologischen, kulturellen und historischen Voraussetzungen reflektieren und ihre Voraussagen dementsprechend relativieren.

- Geboten ist der methodisch geprüfte und methodologisch reflektierte Einbezug unterschiedlicher wissenschaftlicher und empirisch-praktischer Perspektiven und Erfahrungen, die nicht zuletzt in unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft und in unterschiedlichen Funktionen eingenommen und erworben werden, und es in einem zielführenden Pragmatismus (als Zusammensicht und Verarbeitung der Unterschiedlichkeit) erlauben würden, schädliche Vereinfachungen oder Mangel an Professionalität zu vermeiden.

2.2. Irreführende Vorstellungen von wissenschaftlicher Objektivität und Wertfreiheit

- Ein nur abstrakt-mathematischer Zugang zur wirtschaftlichen Wirklichkeit verfehlt im Übrigen nicht nur kognitiv die konkrete Verschiedenheit der Anwendungssituationen. Das dahinter stehende, in der Gegenwart vorherrschende „Objektivitäts“-Ideal von Wissenschaft kappt auch die emotionalen, empathischen, künstlerischen und ethischen Antennen, die für fruchtbare praktische Problemdefinitionen und -lösungen erforderlich sind.

- Hinter dem unreflektierten Objektivitäts-Ideal steht im Übrigen oft eine wissenschaftstheoretische Unreflektiertheit, die die implizierten Normen, auch die des eigenen wirtschaftswissenschaftlichen Ansatzes naiv übersieht. Jede solche Position geht notwendig von normativen Voraussetzungen aus (vgl. Max Weber), ohne die die Ausblendung von Wirklichkeitssegmenten zu methodischen Zwecken, die in jedem Ansatz und jeder Thematisierung erfolgt, nicht begründet werden kann.
- Ein zentrales Beispiel für diesen Mangel an Reflexion ist die in der Mainstream-Ökonomie eingeführte axiomatische Annahme, dass Märkte per se egalitär sind, weil jeder Mensch Zugang zu ihnen habe. Damit wirkt das Konzept auf den ersten Blick attraktiv. Dieses abstrakte Axiom findet sich allerdings in den verschiedenen Wirklichkeitskontexten nicht wieder. Die aus verschiedenen Motiven geforderten Regulierungen von Märkten sind ebenfalls immer historisch und kulturell konnotiert.
- Die Egalitätsfiktion des Marktes kaschiert wirkliche Umverteilungstendenzen von oben nach unten. Dasselbe gilt für den Begriff der Wettbewerbsfähigkeit, der im Kontext einer willkürlich einseitigen Gewichtung von Angebotsaspekten zu Lasten von Nachfrageaspekten für eine wirtschaftliche Erholung – zu der beides gehört – nicht ausreicht.
- Zugleich begünstigt er die genannte Umverteilung von unten nach oben durch die Forderung, die Lohnkosten und damit die Produktionskosten zu senken, um die Produktion anzukurbeln. Damit wird „angebotstheoretisch“ dogmatisch und abstrakt eine Frage beantwortet, die empirisch und kontextbezogen geprüft werden müsste: Was nämlich in einer bestimmten historischen Situation mehr gefördert werden müsste: die Angebots- oder die Nachfrageseite. Oder vielleicht beides in gleichem Maße. Das dahinter auch unterschiedliche gesellschaftliche Interessen und Machtpotentiale stehen, denen wirtschaftswissenschaftliche Ansätze de facto dienen, ist offensichtlich.
- Der stark mathematisch ausgerichtete abstrakte Ökonomie-Ansatz enthält mithin – oft unbewusst – Interessen, Machtauswirkungen und politische Optionen, die es ebenfalls freizulegen gilt. Das nahegelegte Praxismodell impliziert – wegen der Abstraktion von den konkreten Menschen im Wirtschaftssystem – ein technokratisches Herrschaftsmodell, in dem vorgeschriebene Hebel Wirtschaft und Gesellschaft lenken sollen, die aus der angeblich wertfrei-ökonomischen Effizienz des Modells und nicht aus demokratischer Legitimation oder Kooperation ihre Berechtigung herleiten. Und dies oft mit dem Siegel der Notwendigkeit, zu der es angeblich keine Alternative gibt. Die Flucht der Ökonomen in die Mathematisierung hat verschiedene historische Wurzeln – positivistische Abgrenzung gegen

Stalinismus, McCarthyismus, historische Schule in Deutschland etc.

- Damit einhergeht – wegen der „gesicherten mathematischen Grundlage“, die nur Eingeweihten zugänglich ist, ein Verlust von Sprachfähigkeit und Kommunikation, die erforderlich wären, wenn Wirtschaftspolitik kooperativ mit den Menschen durchgeführt werden und gelingen soll.

Dahinter steht ein zumindest undemokratisches, wenn nicht antidemokratisches Verständnis von Politik zugunsten von hierarchischer bzw. technokratischer Anordnungsbefugnis ohne demokratische Legitimation und Partizipation.

2.2.1. Praktisches Beispiel für den Mangel an Einbezug unterschiedlicher Perspektiven, behauptete Alternativlosigkeit, Spannungsverhältnis zur Demokratie

- Die neue griechische Regierung soll nach dem Wunsch der deutschen Bundesregierung endlich „in der Wirklichkeit ankommen“ und die von der Troika bzw. den „Institutionen geforderten Maßnahmen ergreifen, auch wenn die griechische Gesellschaft demokratisch dagegen votiert hat und es gute Argumente dafür gibt, dass das ökonomische Modell im konkreten griechischen Kontext nicht funktionieren kann. Die Möglichkeit unterschiedlicher legitimer Wahrnehmungen wird nicht diskutiert. Wer das Geld hat, hat die Macht.
- Konkret gilt dies auch für die Schuldendebatte in Europa. Die hohe Verschuldung der Staaten, um die Banken auszukaufen, wurde politisch im Eiltempo beschlossen, weil dies als systemnotwendig und insofern „alternativlos“ angesehen wurde. Dass Staaten sich diesen bail-out „in ihre Bücher schreiben“, gilt zugunsten von Wachstum und ökonomischer Systemstabilität als zwingend. Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit, analog zur Sicherung des Bankensektors in Europa gilt dagegen als nicht so systemnotwendig. Zugleich findet eine öffentliche Debatte über die Ziele, für die sich der Staat verschulden soll, nicht statt. Gemäß der Mainstream-Ökonomie steht hier alternativlose Notwendigkeit gegen eine unterschiedlich einzuschätzende politische Option. Dadurch entsteht ein Spannungsverhältnis der Mainstream-Ökonomie zur Demokratie.
- Die allgemeine Renaissance demokratiekritischer Parteien und Stimmungen kann auch aus dieser Diskrepanz zwischen Wirtschaftstheorie und -praxis und demokratischer Legitimation und Wirksamkeit bzw. de facto Umverteilung erklärt werden. Mit einem anderen wirtschaftswissenschaftlichen Ansatz, der kulturellen

und historischen Kontext, Empathie, Partizipation, demokratische Legitimation, nicht zuletzt das Selbstwertgefühl der betroffenen Menschen einbezieht und respektiert, könnte vermutlich eine Wirtschaftspolitik betrieben werden, die demokratiekonformer (statt „finanzmarktkonform“) ist und solche Folgen vermeidet.

2.2.3. Folgerung

In die Wirtschaftswissenschaft und –politik müssen Perspektivenvielfalt und subjektive Wahrnehmungen einbezogen werden, um wirksam und zugleich demokratiekonform umgesetzt werden zu können.

2.3. Irreführende Machbarkeits- und Herrschaftsillusionen

- Weiter gefasst steht dem Modell der „Alternativlosigkeit“ eine Vorstellung von Machbarkeit und Beherrschbarkeit, die der prinzipiellen Ungewissheit menschlichen Handelns nicht Rechnung trägt. Ungewissheit wird im Mainstream zum „Risiko“ verkleinert, das man wiederum definieren, berechnen, eingrenzen und also beherrschen kann.
- Die Konzentration auf unqualifiziertes Wachstum als das entscheidende Ziel von Wirtschaftspolitik verhindert tendenziell die Debatte darüber, welche wirtschaftspolitischen Ziele wir anstreben und allgemeiner: Wie wir zusammenleben wollen.
- Das zeigt, dass der Einfluss der Wissenschaft wie der Wirtschaftswissenschaft nicht unterschätzt werden darf. Politik ist auf diesen Rat angewiesen. Umso wichtiger ist es, offen zu bleiben für Auswirkungen eines Rates aus der Wirtschaftswissenschaft, die entgegen den Voraussagen verlaufen. Hier zeigt sich ein allgemein menschliches Problem: es ist schwierig, sich eigene Irrtümer einzugestehen. Das gilt sowohl für die Wissenschaft als auch für die Politik.
- In der Politik ist dies möglicherweise noch gravierender, weil hier nicht nur Individuen handeln und gegebenenfalls umdenken müssten, sondern Massenmobilisierungen und -identifikationen umgesteuert werden müssten, mit Folgen für anschließende demokratische Wahlen.

2.3.1. Praktisches Beispiel für die Hürden gegen theoretische und vor allem politische Revisionen

- Auch wenn theoretische Vorhersagen der Wissenschaft nicht eintreffen, ändert dies die Politik, die ihr einmal gefolgt ist, nicht einfach. In seiner wissenschaftlichen Abteilung unter der Leitung seines Chefökonomens Olivier Blanchard hat sich der Internationale Währungsfonds (IWF) von der reinen Sparpolitik bereits verabschiedet, aber die Politik des IWF folgt dem nicht. Als Ursachen können Identifikationen der Akteure mit der vergangenen Politik und Machtvorteile verschiedener Interessengruppen genannt werden. Es ist für Wissenschaftler, Politiker/innen und Menschen ganz allgemein sehr schwer, Fehleinschätzungen einzugestehen. Zumal wenn die Meinung vorher mit hoher moralischer Verve vorgetragen worden ist, wie im Fall Griechenland. Die zentrale Frage lautet, schafft demokratische Politik Kurswechsel leichter, friedlicher, gewaltloser als diktatorische? Das war bisher der Glaube an die Demokratie. Kann die Wirtschaftswissenschaft dabei helfen?

2.3.2. Folgerung

- Deshalb muss im Bereich der Bildung im Allgemeinen und der wirtschaftswissenschaftlichen Bildung im Besonderen mehr als bisher ein Akzent darauf gelegt werden, die Notwendigkeit der Verantwortungsübernahme einzusehen und zu praktizieren. Verantwortung nämlich baut zugleich eine Brücke zur Perspektivenvielfalt. Denn sie gebietet prinzipiell grenzenlos, unterschiedliche Aspekte, Horizonte und subjektive Wahrnehmungen in das eigene Urteil und die eigene Entscheidung einzubeziehen.

3. Fazit

Bei unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen handelt es sich nicht nur um reine analytisch-kognitive Konstruktionen, sondern um Positionen, die von einem Welt- und Menschenverständnis ausgehen, nur bestimmte Wirklichkeitssegmente auswählen, Identifikationen auslösen, Politik- und Machtverhältnisse beeinflussen.

Wenn Wirtschaftswissenschaft demokratischer Politik ratend helfen soll, muss sie sich auf Kontexte beziehen, die eigenen Prämissen reflektieren und die mögliche Perspektivenvielfalt einbeziehen.



Kontakt

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6 (Allianz Forum)

10117 Berlin

Website: www.governance-platform.org